



Nicolo Paganini (Nationalrat Mitte SG), Barbara Gysi (Nationalrätin SP SG), Diana Gutjahr (Nationalrätin SVP TG), Susanne Vincenz-Stauffacher (Nationalrätin FDP SG), Kurt Egger (Nationalrat Grüne TG). Bilder: KEY, TBM

## «Populistisch und höchst problematisch»

Ostschweizer Politikerinnen und Politiker reagieren auf SP-Vorstoss, russische Oligarchen zu enteignen.

### Enrico Kampmann

Die Schweiz soll Putin-nahe russische Oligarchen, die ihre Milliardenvermögen in der Schweiz gebunkert haben, enteignen können. Das fordert die Sozialdemokratische Partei und hat einen entsprechenden Parlamentsvorstoss angekündigt.

Konkret verlangt der Vorstoss, dass die Schweiz autonom Gelder von sanktionierten Personen nicht nur einfrieren, sondern «einziehen und einem bestimmten Zweck zuführen kann». Insbesondere soll es möglich sein, die «Vermögenswerte Putin-naher Oligarchen in die internationalen Bemühungen zum Wiederaufbau der Ukraine einfließen zu lassen», sagte SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer am Sonntag gegenüber Tamedia. Die Reaktionen der Parteien auf den Vorstoss fielen sehr unterschiedlich aus – auch in der Ostschweiz.

### FDP ist sich uneinig

Während sich der FDP-Vizepräsident und Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni gegenüber

Tamedia für die Idee überraschend offen zeigte, ist Parteikollegin und St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher zurückhaltender. Sie sehe die Notwendigkeit von klaren Signalen gegen den Aggressor Russland. Doch die Schweiz habe klare rechtsstaatliche Verfahren und es sei wichtig, diese zu respektieren. «Bei einer breit angelegten Enteignung, wie sie der angekündigte Vorstoss fordert, würde ich daher ein Fragezeichen setzen.» Das Einfrieren der Oligarchengelder sei für Vincenz-Stauffacher völlig klar, doch eine Freigabe dieser privaten Gelder hält sie zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Bei staatlichen Geldern, etwa jenen der russischen Zentralbank, sei es etwas anderes. Doch auch in diesem Fall müsse dies zwingend international abgestimmt und koordiniert sein.

### Grüne fordern ausserordentliche Session

Der Thurgauer Grünen-Nationalrat Kurt Egger ist weitaus überzeugter. «Ich unterstütze den Vorschlag vollständig», sagt er. Man müsse zumindest versu-

chen, die eingefrorenen Oligarchengelder zum Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden und der SP-Vorstoss sei diesbezüglich der richtige Schritt. Die Schweiz tue grundsätzlich zu wenig, um die fraglichen Gelder in der Schweiz aufzuspüren. «Es kann nicht sein, dass wir Yachten und Grundstücke nicht einziehen, weil die Besitzverhältnisse wegen der komplexen Konstrukte von Briefkastenfirmen und Strohmännern unklar sind.» Tatsächlich wurden von den auf 150 bis 200 Milliarden Franken geschätzten in der Schweiz liegen-

### Bisher keine Gelder im Kanton St. Gallen gefunden

Die St. Galler Kantonsbehörden haben bisher keine Vermögenswerte von Russen auf der Sanktionsliste festgestellt. Gemäss einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion blieben die Prüfungsarbeiten des kantonalen Steueramts ergebnislos. Keine Person auf der vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) geführten Liste

den russischen Vermögen bisher nur 7,5 bis 9 Milliarden eingefroren. Egger kündigt an, dass die grüne Fraktion aus diesem Grund eine ausserordentliche Parlamentssession fordern wird, bei der das Aufspüren der Oligarchengelder im Zentrum stehen soll.

### SVP: «Rechtsstaatlich höchst problematisch»

Ganz andere Töne schlägt die SVP an. Die Thurgauer SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr geht zwar nicht so weit wie ihr Parteikollege Roger Köppel, der den

sanktionierter Firmen und Menschen hat gemäss dem Schreiben eine Steuerpflicht im Kanton St. Gallen. Ebenfalls habe man sämtliche im kantonalen Handelsregister eingetragenen russischen und belarussischen Staatsangehörigen auf sanktionierte Personen überprüft und keine Übereinstimmung gefunden. (eka)

Vorschlag auf Twitter «willkürlich, rassistisch, eine Schande für den Rechtsstaat Schweiz» nennt. Doch auch sie findet klare Worte: «Der Vorstoss ist populistisch und rechtsstaatlich höchst problematisch.» Dieser zeige einmal mehr, dass es bei der SP Programm sei, den Leuten ihr Eigentum wegzunehmen. Das Geld der Oligarchen sei momentan eingefroren, was lediglich bedeute, dass die Eigentümer vorläufig keinen Zugriff darauf hätten. «Zum jetzigen Zeitpunkt aber auch in Zukunft darf es nicht zur Diskussion stehen, diesen Menschen ihr Geld wegzunehmen.»

### Mitte gibt sich skeptisch

Der St. Galler Mitte-Nationalrat Nicolo Paganini ist dafür, dass sich die Schweiz grosszügig am Wiederaufbau der Ukraine beteiligt, und dass sie die verhängten Sanktionen «knallhart durchzieht.» Aber es gelte darauf zu achten, den Rechtsstaat nicht zu opfern. Nicht jeder reiche Russe habe sein Geld im Dunstkreis Putins gemacht. Man solle Oligarchen keineswegs schonen,

betont Paganini, doch um sie zu enteignen, brauche es klare rechtliche Grundlagen. Auch Paganini findet, dass die Schweiz tendenziell mehr unternehmen müsste, um die Oligarchenvermögen aufzuspüren. Allerdings sei dies einfacher gesagt als getan: «Die Gelder sind ja nicht mit «ich gehöre einem Oligarchen» angeschrieben.»

### SP will Debatte anstossen

Barbara Gysi, SP-Nationalrätin aus St. Gallen, steht hinter der Forderung ihrer Partei. Es sei richtig, dass man einen Weg suche, die Oligarchengelder für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Auf die Kritik der Expertin für Finanzrecht Monika Roth, die Idee der SP sei «unausgegoren», reagiert Gysi gelassen. «Natürlich gibt es noch rechtliche Fragen zu klären, aber es geht in erster Linie darum, die Debatte anzustossen und zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt.» Da müsse man in Kauf nehmen, dass der Vorstoss allenfalls als unausgegoren kritisiert werde. Am Ende diene er jedoch dem übergeordneten Ziel.

Zur Kunstbroschüre von Schweiz Tourismus

## Leerraum ab Winti? Egal, die Zukunft der Ostschweiz liegt im Osten

So fies wurde der böse alte Spruch, wonach die Schweiz in Winterthur aufhöre, schon länger nicht mehr dargestellt: In der Broschüre von Schweiz Tourismus mit den zehn wichtigsten Kunsthäusern des Landes ist die Karte in Winti einfach schnöde abgeschnitten, die gesamte Ostschweiz erscheint nicht mal als geisterhafte Andeutung, sondern als leerer Raum, wie ein toter Winkel im Weltall. Ein Affront, geschuldet offenbar einem Verbund der publikums- und zahlungskräftigsten Museen, aber auch dem begründeten Verdacht, dass weder im Vorstand noch in der Geschäftsleitung des Tourismusdachverbandes irgendjemand Ostschweizer Wurzeln hat.

Im Publikum herrscht verständlicherweise Empörung. Nun gibt es mehrere Möglichkeiten, wie die Ostschweiz auf

die Beleidigung reagieren soll. Klar, sie kann sich beschweren und den sofortigen Anschluss verlangen, gegebenenfalls auch mit dem erforderlichen Geld. Oder sie kann sich grämen, in den Boden versinken und sich damit abfinden, dass manche Köpfe hierzulande grosse Teile der Ostschweiz sowieso am liebsten als verwilderten Naturpark sähen. Oder sie kann trotzig behaupten, dass Helvetien eben nicht in Winti aufhöre, sondern dort erst beginne, oder um es mit einer früheren Postkarte der Kulturzeitschrift «Saiten» zu sagen: «Wenn die Schweiz in Winterthur aufhört, kann man in St. Gallen ganz neu zur Welt kommen.»

Dann könnte die Ostschweiz den Weltanschluss behaupten und wie üblich in solchen Fällen ihre Kulturtrümpfe aufzählen, die Häuser herunterrattern von Kunsthalle bis

Kunstgiesserei, atemloses Namedropping, angefangen mit Dürrenmatt und Ionesco, wie sie in der legendären Erker-Galerie ein und ausgingen, gefolgt von der prächtigsten Klosterbibliothek, der eindrucklichsten Mumie, der reichhaltigsten Textilsammlung, dem explosivsten Bildhauer (Signer), der wirkungsmächtigsten Band von Bernost (Stahlberger), dem ältesten (Bischofszell) und dem lauschtigsten Open Air des Landes (St. Gallen)... Und so weiter, selbstverständlich steht der Fussballclub wieder im Cupfinal. Stop, das ist nur bemüht. Ermüdend. Gählig, verzweifelt – und würdelos.

Viel besser ist drum die vierte Möglichkeit einer Reaktion: Cool bleiben, Provokationen wegstecken, gelassen weiterarbeiten. Und vor allem: selbstbewusst auf die Perspektiven

am Ostrand setzen. Vielleicht wird es Gianni Jetzer richten, wenn er im Herbst nach Kuratorstationen in New York und Washington nach St. Gallen zurückkehrt und als neuer Direktor das Kunstmuseum erklärtermassen auf einer internationalen Karte positionieren will. Die «Kunstachse» des St. Galler Museums, unlängst Thema einer Forumsveranstal-



Wenn Schweiz Tourismus ein Fass aufmachen will – bitte, wir haben Roman Signer! Bild: B. Manser

tung, reicht schon mal nach Bregenz, Vaduz, Chur.

Die tatsächliche Osterweiterung aber verspricht die Politik, im Klartext die Zusammenarbeit der Ostschweiz mit den Nachbarländern am Bodensee. Vergangenen Donnerstag fand in St. Gallen das Pilottreffen der Regierungskommission Bodensee statt, die Sensation war dabei nicht die Anwesenheit von Bundespräsident Ignazio Cassis, der die Bedeutung der Plattform betonte (aber heimlich wohl nur für den FC Lugano spionierte). Sondern die Anfahrt von hochrangigen Regierungsvertretern aus Berlin und Wien, die erstmals den Bodenseeraum auf den Radar nahmen: Chefs aus dem Auswärtigen Amt Deutschland und aus dem österreichischen Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Hey, Berlin weiss jetzt, wo der Bodensee liegt! Wir wollen nicht ins Detail gehen, nur so viel: Wenn dieser mitteleuropäische Raum zusammenrückt und die Bodenseeregierung ihre Wirkung entfaltet, spielt die läppische Schweiz-Museenkarte mit ihrem Winti-Schnitt keine Rolle mehr. Also, liebe Ignoranten von Schweiz Tourismus, macht nur weiter so. Eure verkümmerte Karte mag für den fernöstlichen Markt stimmen, aber den nahen Osten kümmert sie nicht. Wir machen hier unser eigenes Ding und erweitern den Horizont gen Osten. Wir schielen nicht nach Bern und Zürich, sondern nach München, Berlin, Bregenz, Wien. James Bond weiss längst, warum er nicht mehr wie einst im Berner Oberland, sondern am Bodensee aufkreuzt.

Marcel Elsener